

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

61. Sitzung
9. Dezember 2020

Beginn: 09.07 Uhr
Schluss: 12.06 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europa- und Bundesrats-/ Län- derebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung. Ich schaue wegen meiner Zeitplanung und der Lüftungspause, die droht, ein bisschen auf die Uhr und würde folgendes Verfahren vorschlagen, dass wir in den Tagesordnungspunkt 3 eintreten, 3a, dass wir Herrn Krischenowski – den ich an dieser Stelle noch mal ganz herzlich begrüßen möchte – die Gelegenheit zu einem Eingangsstatement im Zeitraum fünf bis zehn Minuten geben, dass wir dann die Lüftungspause machen, und das können Sie alle nutzen, um sich draußen zu erholen, zu erfrischen und Fragen auszudenken. Dann machen wir nach der Lüftungspause den Frageteil. Gegebenenfalls machen wir erst den Senat, wir müssen dann sehen, ob Sie gleich nach dem Einführungsvortrag etwas sagen wollen, oder nach den Fraktionen. Da wir danach noch einen zweiten Anhörungs punkt haben, würde ich sagen, dass wir a) extra behandeln und zu b) bei der Fragerunde auf eine Runde beschränken sollten. Dann beginnen wir mit

Punkt 3 a der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Internetsicherheit
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0125](#)
EuroBundMed

Ich würde die CDU-Fraktion zunächst um die Begründung bitten, und dann machen wir Ihren Einführungsvortrag zu Tagesordnungspunkt 3a, danach gibt es eine Lüftungspause, und dann steigen wir in die Debatte ein. Wer möchte? – Jetzt melden sich beide, dann ist es schwierig. Es geht um 3a, die Internetsicherheit – [Claudio Jupe (CDU): Ich bin der Meinung, dass ich dazu schon mal Ausführungen gemacht habe.] – Herr Jupe, warten Sie mal! Die CDU-Fraktion hat jetzt die Gelegenheit zur Begründung.

Claudio Jupe (CDU): Ich habe das schon verstanden und mache jetzt ein paar Ausführungen dazu.

Vorsitzender Andreas Otto: Unbedingt!

Claudio Jupe (CDU): Der letzte Anlass für diesen Antrag auf Besprechung war der Bericht aus Finnland vor einigen Tagen, wo dann plötzlich das Phänomen auftrat, dass die Akten von Psychiatriepraxen, psychotherapeutischen Praxen und Ähnlichem plötzlich in der Öffentlichkeit – damit ist im Internet gemeint – einsehbar waren. Die Frage ist: Kann sowas vermieden werden? Muss man damit rechnen? Was sind die Gefahren? Internetsicherheit bedeutet Vermeidung von Gefahren im Rahmen von Cyberkriminalität. Das ist der Anlass, weshalb ich meine, dass man diesen Tagesordnungspunkt an dieser Stelle angehen sollte.

Vorsitzender Andreas Otto: Die CDU-Fraktion kann das vielleicht noch ergänzen. Eine Anmerkung sei mir gestattet: Wir müssen ein bisschen mit der Abgrenzung gucken. Ich würde hier ungerne etwas besprechen, was im Ausschuss für Kommunikationstechnologie und Datenschutz ohnehin besprochen wird, sondern würde hier eher den Schwerpunkt sehen – so habe ich die Anmeldung verstanden – dass wir uns hier um den Medienbereich kümmern. Da könnte man natürlich sagen: Wenn Sachen in der Presse auftauchen, dann hat das mit Medien zu tun, ja, aber vielleicht kann der Herr Kollege Goiny noch ein bisschen die Richtung präzisieren. – Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Das Schöne bei unseren Besprechungspunkten ist, dass sie immer wieder durch tagesaktuelle Dinge weiter begründet werden. Insofern hat der Kollege Jupe eine Ergänzung gemacht. Aber tatsächlich ist es für uns schon seit längerem ein Besprechungspunkt, den wir angemeldet hatten, weil es uns zum einen darum geht, den Internetstandort Berlin weiterzuentwickeln und weil wir uns freuen, dass wir hier Unternehmen in der Stadt sitzen haben, die offensichtlich einen nennenswerten Beitrag dazu leisten können. Zum anderen geht es darum, dass wir immer wieder damit konfrontiert sind, dass Spammails auftauchen, dass Leistungsfähigkeiten von Internetroutern nicht richtig gegeben sind und ähnliche Probleme auftauchen, übrigens auch im Hause und übrigens auch mit „berlin.de“ und anderen Formaten, wo wir unsere eigenen Mailadressen haben. Hier ist uns aufgefallen, dass wir nun seit einigen Jahren auch mit der Top-Level-Domain .berlin und dem Unternehmen, welches die betreibt, sehr gute Erfahrungen gemacht haben, was das Thema Internetsicherheit betrifft, und wir natürlich auch vor weiteren technischen Herausforderungen stehen, aber natürlich auch immer wieder erkennen müssen, dass es Institutionen, Leute oder andere Kreise gibt, die immer wieder versuchen, Mailverkehr zu torpedieren und zu stören. Im Medienausschuss haben wir uns mit dieser Thematik, seitdem ich hier bin, interessanterweise noch gar nicht richtig beschäftigt. Wir haben uns ja schon mit vielen Themen der Medienpolitik beschäftigt und dachten, dass das ein ganz schönes Thema wäre.

Wir hatten in Ergänzung noch vorgeschlagen – weil das bei der letzten Sprecherinnen- und Sprecherrunde diskutiert worden ist –, dass man vielleicht noch einen weiteren Anzuhörenden hinzunimmt. Wir hatten den eco-Verband vorgeschlagen, der einige der großen Internetrouter in Deutschland betreibt und für den reibungslosen Internetverkehr mitverantwortlich ist. Da hatte ich noch nicht die Gelegenheit, das zu klären. Das ist leider auf Einwand der Fraktion Die Linke nicht möglich gewesen. Ich hätte das noch für eine ganz gute Ergänzung gehalten, um das heute inhaltlich abzurunden, aber gleichwohl glaube ich: Wir sehen ja, dass die Digitalisierung nicht nur in Coronazeiten rasante Fortschritte macht, und ein sicherer Internetverkehr, auch Mailverkehr, gehört natürlich dazu. Ich finde, es steht dem Medienausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses auch gut an, sich mit dieser Frage im Wege einer Anhörung zu befassen. Das ist dann auch der Punkt, warum wir darum gebeten haben, das heute auf die Tagesordnung zu setzen, und wir bedanken uns schon mal vorab bei Herrn Krischenowski, dass er die Zeit gefunden hat, sich heute bei uns einzufinden – und dann auch noch persönlich, in Coronazeiten. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank für die Begründung! Das war jetzt die Begründung zu 3a – weil wir das hier auch gerade nebenbei diskutiert haben.

Ich mache das heute so, dass wir 3a als eine Anhörung betrachten. Die wird mit Begründung, Besprechung, Senat dann abgeschlossen, und dann kommt 3b. Dann machen wir die Begründung von dieser Seite und besprechen das, was da als Betreff steht – zufällig wieder mit demselben Anzuhörenden, aber es sind quasi zwei unterschiedliche Tagesordnungspunkte, nur damit das allen auch bewusst ist.

Jetzt sind wir bei Ihnen: Noch mal herzlich willkommen, Herr Krischenowski! – Sie haben jetzt zu 3a – das Feld ist weit gespannt –, die Gelegenheit, uns fünf bis zehn Minuten ein Eingangsstatement vorzutragen. Darauf freuen wir uns. Auch das wird weltweit übertragen und hörbar sein. Ich hoffe, dass Sie sich darauf eingestellt haben. Danach machen wir die Lüftungspause, und dann treten wir in die Besprechung ein. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dirk Krischenowski (Geschäftsführer dotBERLIN GmbH & Co. KG): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zum Thema Internetsicherheit. Der eco-Verband wäre sicher eine gute Ergänzung gewesen, aber ich freue mich natürlich auch, Ihnen aus unserer Perspektive des Betreibers einer Internetinfrastruktur, und zwar dotBERLIN, Einblicke zum Thema Internetsicherheit geben zu können. Wie Sie vielleicht wissen, haben wir vor sechseinhalb Jahren .berlin als die weltweit erste Internetendung einer Stadt gestartet. Möglich gemacht haben das über 100 Berliner Gesellschafter und Sponsoren, darunter auch viele Ihnen bekannte oder einige schon pleitegegangene wie Air Berlin zum Beispiel. Das Land Berlin hat mit einem Unterstützungsschreiben gegenüber der Internetbehörde ebenfalls dazu beigetragen. Wir lösten mit unserer Initiative eine Entwicklung aus, der zahlreiche Metropolen wie London, New York und Tokio gefolgt sind, .berlin ist aber heute die erfolgreichste von den über 40 Stadtendungen, die es weltweit gibt.

Unsere rund 50 000 .berlin-Internetadressen, im Fachjargon auch Domains genannt, werden zu 80 Prozent von kleinen und kleinsten – also der Berliner Wirtschaft – Unternehmen betrieben und für ihren Internetauftritt genutzt. Das Land Berlin setzt zum Beispiel mit der neuen Internetadresse wir.berlin ein Zeichen für die neue Markenkommunikation Berlins. Aus dieser Verantwortung für so viele Domains heraus arbeiten wir aktiv mit den Sicherheitsgremien und Arbeitsgruppen der Internetbehörde ICANN zusammen, natürlich auch, um immer auf dem aktuellsten Stand in puncto Internetsicherheit zu bleiben, denn ICANN ist die weltweit zentrale Institution, die die Sicherheit und Stabilität der für uns internetessenziellen, wichtigen Domainnamen und IP-Adressen gewährleistet.

Aus diesem Kontext heraus möchte ich kurz drei Punkte aus unserer täglichen Arbeit zum Thema Internetsicherheit anreißen. Punkt 1 ist: Eine von uns selbst entwickelte ICANN-konforme Sicherheitslösung gewährleistet, dass der Missbrauch von Domains weitgehend verhindert wird. So prüfen wir jeden Tag die 50 000 .berlin-Domains daraufhin, ob sie bösartige Software, sogenannten Malware, verbreiten, ob sie Teil eines ferngesteuerten Zombierechnernetzwerkes sind oder für das Ausspähen von Passwörtern – das ist das sogenannte Phishing – missbraucht werden oder als Spam E-Mail-Schleuder verwendet werden. Diesen technischen Missbrauch, der eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit und Stabilität des Internets darstellt, stellen wir bei Kenntnisnahme in Zusammenarbeit mit Providern und Vertriebspartnern wie der Berliner Strato oder 1&1 umgehend ab. Das gleiche Monitoringsystem lassen wir auch für Domains der Hansestadt Hamburg und für zahlreiche große Unternehmen wie Volkswagen, Edeka oder Stada laufen. Der technischen Missbrauch von Internetinfrastruktur wird in der Öffentlichkeit nur selten diskutiert, weil er – obwohl hochgefährlich und

technisch komplex – vom Verbraucher sehr selten bemerkt wird. Viel häufiger hören wir und lesen wir von inhaltlichem Missbrauch im Internet. Damit gemeint sind Fakeshops, Hassreden, gefälschte Arzneimittel oder Spendenbetrug, auch im Zusammenhang mit der Corona-/Covidkrise. Wenn Strafverfolgungsbehörden solchen inhaltlichen Missbrauch feststellen, dann stellen wir zusammen mit ihnen die Domains, auf denen sich die Inhalte befinden, ab, sofern es nicht der Provider selbst tun kann. Das ist dann ein bisschen der Unterschied zwischen diesem technischen Missbrauch und dem inhaltlichen Missbrauch. Die Internetbehörde und die Top-Level-Domain-Betreiber wie wir sind für diesen technischen Missbrauch zuständig – nicht für den inhaltlichen Missbrauch. Das können ja auch Urheberrechtsverletzungen sein. Die Herausforderung beim inhaltlichen Missbrauch ist die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Als Beispiel sei hier genannt: Nur weil bei eBay jeden Tag tausende Anbieter Arzneimittel illegal verkaufen, wird kein Gericht anordnen, eBay abzuschalten. Das ist ein Vergleich wie: In unserem Straßenverkehr gibt es jedes Jahr tausende von Toten. Wir stellen aber deswegen nicht den Straßenverkehr ein. Wir haben eine Verhältnismäßigkeit, auch beim Abstellen von Internetadressen.

Punkt 2: Bei dem sensiblen Thema Covid-19 haben wir ein ganz besonderes Augenmerk auf Domainregistrierungen und haben alle Adressen darauf gescannt, ob dort Missbrauch betrieben wird – unter Virus, Covid, Masken usw. und so fort. Das ist Gott sei Dank bislang nicht aufgetreten. Im Gegenteil, wir freuen uns über eine Reihe sehr hilfreicher Domains wie zum Beispiel: [quickestest.berlin](#) – das ist das Testcenter an der Messe –, [corona-bussgeld.berlin](#) – da kann man sich über Bußgelder informieren oder abwehren, wenn man eins bekommen hat –, oder [covid19.berlin](#) – eine rein private Seite.

Punkt 3, den ich ansprechen möchte: unsere Aktivitäten zum Thema Internetsicherheit und Datenschutz. Die machen wir jedes Jahr transparent und veröffentlichen sie in einem Transparenzbericht. Ich weiß nicht, ob der an die Mitglieder des Ausschusses herumgeschickt worden ist. Wir sind damit das erste Unternehmen der Branche, das sowas macht, und der Bericht zeigt auf, wie viele Anfragen zu personenbezogenen Daten von Domaininhabern gestellt wurden und wie wir damit umgegangen sind. Außerdem zeigt der Bericht auf, wie viele Missbrauchsfälle unter [.berlin](#) aufgetreten sind und wie sie abgestellt worden sind. Das sind die drei Punkte.

Am Schluss möchte ich noch anmerken, dass wir beim Betrieb der [.berlin](#)-Endung im Gegensatz zu den Länderendungen eng mit der ICANN zusammenarbeiten. Wir tauschen uns regelmäßig aus, auch was die Daten zu Missbrauchsfällen angeht. Unser Vertrag mit der ICANN stellt nicht nur ein konzertiertes Vorgehen gegen den Missbrauch dar, sondern fordert auch eine Einhaltung der extrem hohen Verfügbarkeitsanforderungen, die an [.berlin](#)-Domains gestellt werden und sorgt damit auch für Vertrauen bei den Verbrauchern. – Das war mein kurzes Statement.

Vorsitzender Andreas Otto: Herzlichen Dank, Herr Krischenowski! – Wir machen jetzt eine Lüftungspause von 20 Minuten. Das heißt, wir treffen uns hier um, sagen wir mal, 10.25 Uhr wieder. Der Präsident hat verfügt, dass alle den Raum verlassen müssen. Das führt immer zu der Frage, ob irgendjemand auf die Computer aufpasst. Das weiß ich nicht. Dafür sind Sie selbst verantwortlich.

[Lüftungspause von 10.08 bis 10.28 Uhr]

Meine Damen und Herren! Damit es nicht zu sehr ausfranst setzen wir jetzt die Sitzung fort und treten wieder in den Tagessordnungspunkt 3a ein. Wir haben von Herrn Krischenowski sein Eingangsstatement gehört, und jetzt wäre die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Wir machen die Fragerunde – jede Fraktion eine Wortmeldung –, dann bitten wir den Senat das Ganze zu kommentieren, und dann würden Sie zu 3a die Möglichkeit haben, die Fragen zu beantworten. Ich fange mit dem Kollegen Schulze für die Linksfraktion an. – Bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielleicht noch mal kurz zur Erklärung, warum wir uns dagegen ausgesprochen haben, die Anhörung noch um die IKT-Verbände zu erweitern. Das lag ein bisschen daran, dass wir ein Abgrenzungsproblem mit unserem Ausschuss für Kommunikationstechnologie und Datenschutz haben, also dem Ausschuss, der für Internettechnologien und Kommunikationstechnologien zuständig ist. Ich habe gerade mit Kollegen Goiny in der Pause kurz besprochen, dass wir hier den Schwerpunkt Medien haben und uns den ganzen Digitalisierungsfragen deswegen eher vom medienpolitischen Standpunkt aus nähern, während der Ausschuss für Kommunikationstechnologie und Datenschutz das Ganze aus dem netzpolitischen und IKT-Standpunkt betrachtet. Da müssen wir auch immer versuchen, uns abzugrenzen, und da haben wir gerade besprochen, dass wir uns zusammensetzen und klären, wo da genau die Schnittmengen sein können und wie wir vielleicht auch versuchen, so eine Anhörung noch etwas zielgenauer zuzuspitzen.

Ich wollte Herrn Krischenowski für die Ausführungen danken und hätte in der Tat eine, zwei Fragen, zum einen: Sie haben erwähnt, dass Sie die Sicherheit überprüfen, und wir haben als Fraktion unsere Mailadressen und unsere Domains bei dotBerlin laufen, und da würde mich interessieren, wie dieser Sicherheitscheck, den Sie dort machen, konkret abläuft. – Also testen Sie da jeden Tag sozusagen die Seiten durch? Ist das automatisiert, oder schaut da jemand hin? – Das wäre die eine Frage.

Und die andere Frage: Ich habe mir Ihren Transparenzbericht angeguckt, als ich im Vorfeld der Anhörung ein bisschen recherchiert habe. Ich finde es sehr loblich, dass Sie so etwas machen, muss ich sagen. Das machen nicht viele, und ich glaube, Sie haben es auch erwähnt: Es ist ein guter Ansatz, mit Sicherheits- und Datenschutzproblemen sehr offen umzugehen, um die Community daran teilhaben zu lassen. Ich glaube, der Versuch, Dinge unter der Decke zu halten, ist meistens eher zum Scheitern verurteilt, weil es irgendwann sowieso herauskommt, und dann ist der Schaden größer. Das belegt auch das Beispiel aus Finnland, das gerade erwähnt wurde, wo das Datenleck über mehrere Monate unentdeckt blieb, obwohl das Unternehmen davon wusste. Das hilft, glaube ich, niemandem. Insofern finde ich Ihren Transparenzbericht sehr loblich. – Vielleicht könnten Sie darstellen, wie sich diese Anfragen auf Datenschutzgeschichten bei Ihnen gestalten und was in den letzten Jahren an Datenschutzproblemen aufgekommen ist? – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Als Nächstes Herr Goiny für die CDU-Fraktion. – Bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde zunächst – ich glaube, das haben wir eingangs übersehen – noch darum bitten, dass wir ein Wortprotokoll für diesen Tagesordnungspunkt fertigen; vielleicht können wir das für den Punkt b), die zweite Anhörung, gleich mit verabreden. Jedenfalls würden wir das beantragen. – Vorab: Wir müssen uns in der Tat darüber unterhalten, welche Themen schwerpunktmäßig hier laufen. Ich glaube, der Medienausschuss ist der, der für die digitalen Welten und das Internet zuständig ist – was nicht schadet, dass es einen zweiten Parlamentsausschuss gibt, der sich vielleicht auch mit bestimmten Aspekten dieses Themenkreises beschäftigt. Ich habe in meiner Tätigkeit als Abgeordneter gelernt, dass es oft ganz schön ist, Verwaltungen in zwei Ausschüssen zum gleichen Sachverhalt zu befragen. Manchmal kriegt man da erstaunlich unterschiedliche Antworten; das dient ja vielleicht dem Erkenntnisgewinn. – Aber das klären wir bilateral.

Jedenfalls, Herr Krischenowski, vielen Dank für Ihre Ausführungen, die Sie gemacht haben! – Ich habe zwei Themenkreise: Das eine ist die Situation eines Unternehmens wie Ihres in Berlin. Wir versuchen immer, Start-ups und digitale Technologiegründungen in dieser Stadt zu unterstützen, und wir freuen uns, dass wir mit Ihrem Unternehmen eines in Berlin haben, das offensichtlich weltweit vernetzt ist und in anderen Städten und Regionen wirtschaftlich unterwegs ist. – Mich würde interessieren, wie Sie die Situation Ihres Unternehmens oder generell von Unternehmen in Ihrer Branche am Standort Berlin einschätzen, wo Sie sich vielleicht noch ein bisschen mehr Unterstützung von Politik, Verwaltung oder anderen vorstellen können. – Das ist etwas, was uns wirtschaftlich voranbringt, wenn wir Unternehmen der Digitalwirtschaft in Berlin haben, die auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Sparten dafür sorgen, dass Berlin als Digitalstadt wirtschaftlich erfolgreich ist.

Der zweite Punkt betrifft das, was Sie hier in der Sache machen: Zum Transparenzbericht kann ich mich dem Kollegen nur anschließen. Ich finde in der Tat sehr löblich und positiv, dass es so etwas gibt, weil ich glaube, nur ein transparenter Umgang mit Datenbe- und -verarbeitung und Lücken im Datenschutz und im Transport solcher Dinge helfen in der Sache weiter. Mich würde mich interessieren: Hat sich das Thema Angriffe auf Daten, auf Mails aus Ihrer Sicht in den letzten Jahren intensiviert; ist das stärker geworden? Haben Sie da mit neuen Herausforderungen zu kämpfen, und wie gehen Sie damit um? Gibt es an dieser Stelle möglicherweise Anforderungen, die Sie an die Politik haben – jetzt nicht nur auf Ihr Unternehmen gerichtet, aber insgesamt, wo Politik aufpassen muss, dass Datenverkehr und Internetsicherheit eine entsprechende politische Relevanz haben, von welcher Senatsverwaltung und welchem Ausschuss des Parlaments das dann auch immer bearbeitet wird? – Wir haben ein großes Interesse daran, dass das sicher ist und bleibt. – Ein bisschen dazu habe ich die Frage: Wie entwickelt sich das? Stehen wir da vor neuen Herausforderungen? – Vielleicht können Sie dazu etwas sagen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt habe ich die Kollegin Halsch auf der Liste. – Ach ja! Herr Goiny hat darauf hingewiesen: Wir haben noch nichts bezüglich eines Wortprotokolls beschlossen. Ich gehe aber davon aus, dass wir das machen, und würde insofern Einvernehmen für 3 a) und 3 b) hier feststellen. – Super! – Jetzt habe ich für die SPD-Fraktion die Kollegin Halsch, die weiterhin zugeschaltet ist. – Sie haben das Wort!

Karin Halsch (SPD) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Krischenowski, für Ihre Ausführungen! Vielen Dank auch für den Transparenzbericht, der vorgelegt worden ist! Ich denke, das ist schon ein Meilenstein, und da können wir noch vieles nachlesen. – Meine Fragen sind weitestgehend schon von Herrn Goiny gestellt worden: Es geht darum, welche Beobachtungen Sie während der Krise bei dotBERLIN gemacht haben. – Wurden wesentlich mehr Domains und E-Mails beantragt? – Weiterhin wird gerade jetzt und in Zukunft viel mehr Gewerbe im Internet stattfinden: Wie sind Ihrer Meinung nach die Sicherheitsanforderungen dafür? – Und auch meine Nachfrage: Wie können wir Sie da unterstützen? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt ist die Redeliste erschöpft; ich habe trotzdem noch Herrn Kollegen Schweikhardt für Bündnis 90/Die Grünen gesehen. – Sie haben das Wort!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte nur noch eine Frage: Wie hoch ist denn der Aufwand, was den Sicherheitssektor, die Internetsicherheit betrifft, also personell, finanziell? Kann man das prozentual sagen? Und ist a) mehr oder b) so, wie Sie das von Anfang an kalkuliert hatten? – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt haben wir Herrn Förster für die FDP-Fraktion. – Bitte schön!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Ich hätte auch nur noch eine Frage: Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass der technische Missbrauch nur selten von den Verbrauchern bemerkt wird, aber er ist ja fast noch relevanter als der inhaltliche Missbrauch und wird immer unterschätzt. – Vielleicht können Sie diesen Punkt etwas ausführen, was man tun kann, um die Leute mehr zu sensibilisieren? – Es ist ja so: Wie die Leute teilweise arglos ihre Daten ins

Internet stellen, ist das beim technischen Missbrauch wirklich nicht ohne, was man sich da alles einfangen kann. – Da wäre ich noch an ein paar Informationen interessiert; vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt mit der Fragerunde durch. Dies wäre die Gelegenheit für den Senat, etwas zu sagen, wenn er möchte. – Herr Staatssekretär Gaebler, bitte!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben sich Herr Krischenowski als Experten eingeladen. Sie haben auch gesagt, dass das Thema Internetsicherheit ansonsten eher an anderer Stelle angesiedelt ist. Insofern will ich jetzt gar nicht so viel dazu sagen, außer, dass wir grundsätzlich bei den Themen, die wir als Kooperationspartner der dotBERLIN GmbH & Co. KG haben – Missbrauchsschutz und Missbrauchsverhinderung –, sehr zufrieden sind mit der Zusammenarbeit, dass dort darauf geachtet wird, dass nicht unter dotBERLIN-Adressen irgendwelche offiziös wirkenden Sachen verbreitet werden können und gerade jetzt in der Coronazeit darauf geachtet wird, dass keine Covid-Fake-News dort irgendwie verbreitet werden, die einen offiziellen Anstrich bekommen. Es ist auch Gegenstand unserer Kooperationsvereinbarung, dass wir uns da eng abstimmen und darauf geachtet wird. Das funktioniert aus unserer Sicht sehr gut. – Viel mehr habe ich zu dem Thema unter der Überschrift „Internetsicherheit“ nicht beizutragen.

Vorsitzender Andreas Otto: Gut, auch kleine Beiträge sind erwünscht! – Dann sind wir jetzt wieder bei Ihnen angekommen, bei 3 a) Internetsicherheit: Herr Krischenowski, Sie haben jetzt die Gelegenheit, alle aufgeworfenen Fragen zu beantworten! Bitte schön!

Dirk Krischenowski (Geschäftsführer dotBERLIN GmbH & Co. KG): Danke schön! – Ich komme zurück auf Herrn Schulze von der FDP: Wie läuft so was ab mit dem Check von Domains und Internetadressen? – Was wir machen, ist eine teilautomatisierte Abfrage von weltweiten Datenbanken. Es gibt Spamlisten; es gibt Listen, wo Phishing oder Malware reportet wird, und es gibt mehrere Dutzend solcher Listen. Die fragen wir jeden Tag für alle unsere 50 000 Internetadressen ab, und das ist automatisch. Was dann aber losgeht, ist das False-Positive, weil es eine ganze Menge Fälle gibt, die reportet werden, und da muss man noch mal reinschauen: Ist es nicht eine falsch-positive Meldung? – Dann müssen wir halt selektieren, was wirklich Missbrauch ist. – Also das Ganze passiert so halbautomatisch, würde ich sagen. Das ist mit Aufwand verbunden, bringt aber Dinge hervor, die auch der Provider nicht weiß. Den informieren wir dann, und der stellt das dann sofort ab, weil er auch keine schlimmen Dinge bei sich haben will.

Die Probleme mit dem Datenschutz, die aufgetreten sind, sind folgende: Sie müssen sich vorstellen, dass es bis zum Mai 2018 rund 350 Millionen Domains gab. Hinter jeder Domain ist eine E-Mail-Adresse, und die ist in einer Datenbank öffentlich abrufbar gewesen, also 350 Millionen E-Mail-Adressen. Der meiste Spam, den Sie bekommen, kommt da her – weil jemand diese Datenbanken automatisch ausgelesen hat. – Das war bis Mai 2018. Wenn Sie heute eine Domain registrieren, wird Ihre E-Mail-Adresse nicht mehr angezeigt und kann entsprechend nicht für Spam verwendet werden. Das ist ein ganz großer Unterschied. Das ist gut für die Internetnutzer, die damit geschützt werden, weil ihre Daten nicht mehr herausgegeben werden, aber schlecht für die Markeninhaber, die sagen: Ich weiß jetzt gar nicht mehr, wer hinter so einer Domain steckt! – Aber die Datenschutzgrundverordnung hält die Möglichkeit

offen, dass man sich bei einem Verstoß auf einer Internetseite beim Betreiber der Top-Level-Domain, z. B. bei uns meldet und dann eine begründete Abfrage der Inhaberdaten machen kann. – Das ist für Markeninhaber ein bisschen schwieriger, aber passiert innerhalb kurzer Zeit und hat zumindest bei uns noch nicht zu irgendwelchen Problemen geführt.

Die Situation der Branche, Herr Goiny: Was wir in der gesamten Internetbranche beobachten, ist, dass seit März dieses Jahres ein Aufschwung stattgefunden hat. Wenn man sich die Zahlen anguckt: An den Aktienmärkten sind ganz verschiedene Unternehmen ganz stark gestiegen. Und das betrifft wieder unsere Branche: Wir haben in der Branche beobachtet, dass viele, die im ersten Lockdown zuhause saßen, also gerade die kleinteilige Berliner Wirtschaft aus Ein-Mann- und Wenigen-Personen-Unternehmen, sich überlegt haben – wir haben auch mit welchen gesprochen: Ich muss unbedingt was machen; ich muss ins Internet! Ich habe noch keine Internetseite oder keinen Shop, um meine Produkte anzubieten! – Da hat es einen richtigen Boom an vielen neuen Webseiten gegeben, die in den ersten Monaten entstanden sind, und das zieht bis jetzt weiter, indem Websitebuilder und alle mögliche Software, aber auch Domainnamen gebraucht worden sind. Wir haben das bei uns gesehen: Das hat zu einem kleinen Plus geführt, insgesamt bei den Neuregistrierungen zu einem größeren Plus. – Das ist wirklich ganz schön. Also die Internetbranche hat, würde ich sagen, in weiten Teilen von der Branche partizipieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

Entwicklung der Angriffe: Was passiert beim Thema Sicherheit? – Wir arbeiten mit der ICANN zusammen, und da sieht man ganz klar: Vor zwei Jahren war noch das Thema der Verteilung von bösartiger Software – wenn man irgendwo draufklickte, hat man sich was Schlimmes runtergeladen. Das ist stark zurückgegangen, weil es sofort auffällt, wenn man sich so eine Antivirensoftware installiert hat, die alles andere gleich mitmonitort. Da ist ein ganz starker Switch hin zum Abfischen von Zugangsdaten passiert, und das passiert heute immer noch in größeren Angriffen, wo eine gefakte Deutsche-Bank-E-Mail an 100 Millionen E-Mailkonten rausgeht, die aber schon bei den Providern zum größten Teil abgefangen werden. Aber es kommt immer was durch.

Was besonders stark im letzten Jahr aufgekommen ist, ist das Abfischen von Inhaberdaten durch Social Engineering: Da schreibt Ihnen jemand, er kennt sie gut, oder er schreibt Ihrer Sekretärin oder versucht halt, mit vielen Datenspuren, die Sie im Internet hinterlassen haben, Sie zu irgendwas zu bewegen, dass Sie irgendwo draufklicken und Ihre Daten hergeben. – Das ist wirklich Social Engineering und betrifft gerade verantwortungsvolle Personen in Wirtschaft und Politik, die auf solche Social-Engineering-Dinge hereinfliegen. Da ist ein ganz starker Trend hin, viel zielgenauer das Ziel, das man haben möchte, anzugehen.

Dann haben wir das Thema des Aufwands: Da schätze ich mal, dass es bei uns etwa 5 Prozent der gesamten Aufwände sind, die wir für Sicherheit aufwenden, eher Richtung 10 Prozent. Aber 5 Prozent sind es mit Sicherheit mindestens, die wir dafür aufwenden. – Was kann man bei technischen Missbrauch tun? – Man kann den Nutzer aufklären, dass es entsprechende Software gibt, die sehr viel von dem, was an schlechten Dingen auf dem eigenen Laptop passieren kann, abfangen kann, dass die installiert wird. – Das ist eigentlich das, denke ich, was man hier tun kann.

Dann habe ich noch kleine Unternehmen: Unsere Erfahrung ist ein bisschen mit dem Land Berlin, aber auch auf Bundesebene, dass es gerade für kleine Unternehmen sehr schwierig ist,

an öffentliche Aufträge heranzukommen oder überhaupt nur angehört zu werden. Bei Lösungen wie dem Servicekonto und bei der Verwaltungsmodernisierung setzt man maßgeblich auf große, bekannte Unternehmen wie meinetwegen T-Systems oder andere Player, die dort verwendet werden, und bindet sehr selten die kleinen Berliner Unternehmen, die teilweise sehr gute Lösungen anbieten, mit einem großen Player zusammen ein. – Das ist unsere Erfahrung. Ich glaube, da kann durchaus noch was getan werden. Der neue Bundes-CIO Markus Richter setzt sich dafür ein, dass gerade die kleinen Start-ups dort mehr beteiligt werden, und wir müssen mal schauen, wie sich entwickelt. Aber das wäre sicher ein Wunsch, sich da einzubringen. – Habe ich damit die Fragen weitestgehend beantwortet?

Vorsitzender Andreas Otto: Also, ich habe eine ganze Menge gehört. – Ich gucke mal in die Runde: Ist irgendwas offengeblieben? – Das sieht nicht so aus. – Dann haben Sie alle Fragen zu 3 a) beantwortet; herzlichen Dank! – Wir schreiten jetzt zu

Punkt 3 b der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Entwicklung und Perspektiven der Top-Level-Domain “.Berlin“
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0167](#)
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

Das kann von den beantragenden Fraktionen begründet werden, und ich sehe, der Kollege Schulze von der Linksfraktion hat sich dafür gemeldet. – Wir machen das Verfahren genauso wie vorhin: Kurze Begründung, dann haben Sie für ein Eingangsstatement die Gelegenheit, etwas zu sagen. Dann machen wir eine Fragerunde, den Senat bauen wir irgendwo ein, und dann machen wir eine Antwortrunde. Dann sind wir mit dem Punkt durch. Ich hoffe, dass wir es vor der nächsten Lüftungspause vielleicht sogar schaffen. Aber man weiß ja nie, wie groß der Redebedarf ist. – Herr Kollege Schulze, bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank! – Das hat gerade gepasst, dass Herr Krischenowski eingeladen worden ist, und deswegen haben wir gedacht: Wenn er schon mal hier ist, dann können wir uns auch gleich mit dem Thema dotBERLIN und den entsprechenden Domains und den weiteren Perspektiven beschäftigen. – Für die, die es nicht wissen: Herr Krischenowski hat am Anfang angedeutet, wie das Prozedere gelaufen ist. Er hat diese Idee einer dotBerlin-Domain entwickelt, und der Senat hat damals bei der ICANN mit einem entsprechenden Unterstützungsschreiben unterstützt, sodass dann die Namensreche an dieser Domain an die dotBERLIN gehen konnten. Seitdem entwickelt sich diese dotBERLIN-Domain ziemlich gut. Andere Städte haben das nachgemacht, und unser Interesse mit dem Tagesordnungspunkt war, jetzt mal zu erkunden, welche Perspektiven angedacht sind.

Sie waren damals schon als Anzuhörender mehrfach im Abgeordnetenhaus, und das Abgeordnetenhaus hat sich besonders in der letzten Legislaturperiode öfter damit beschäftigt. Da ging es meistens um Geld und um die Frage, wie viel das Land Berlin eigentlich bekommt und wie die Modalitäten für die Zahlungen an das Land gestaltet sind. – Das soll hier nicht im Fokus stehen, sondern eher die Frage, wie Sie die Perspektiven dieser dotBERLIN-Domain in

Zukunft sehen, auch im Zusammenhang mit der neuen Berlin-Kampagne, wo das eine Rolle spielt. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Kollege Schulze! – Jetzt sind Sie wieder dran, Herr Krischenowski, bitte schön!

Dirk Krischenowski (Geschäftsführer DotBERLIN GmbH & Co. KG): Ich habe mal bei dem Punkt ein „erfolgreichste Stadtinternetendung weltweit“. Das hört sich jetzt so einfach platt gesagt an. Da stecken viele Kriterien dahinter, die so was begründen. Man kann viele Internetadressen haben. Wenn man die umsonst herausgibt oder fast verschenkt, könnten wir statt 50 000 jetzt auch 500 000 Internetadressen haben. Damit wären wir wahrscheinlich gleich pleite, und wir hätten ganz viele Spamer und andere, die die Adresse für unglückliche Sachen verwenden würden. Von daher ist nicht die Anzahl relevant, sondern ein ganzer Mix aus: Wie viele Internetadressen gibt es? Wie viel Umsatz macht der Betreiber damit? Kann er damit überhaupt wirtschaftlich über die Runden kommen? Wie viele Seiten sind bei Google gelistet? Wie viele Seiten sind in der Liste „eine Million wichtigste Domains weltweit“ bei Alexa? – Das ist so ein Dienst. – Wie viele Seiten werden aktiv genutzt? Oder wie ist die Relation der Anzahl der Domains zu den Einwohnern oder zur Wirtschaftskraft der entsprechenden Stadt? – Das sind alles Kriterien, und da ist Berlin insgesamt wirklich sehr gut aufgestellt. Dazu gibt es eine Studie, die jedes Jahr herauskommt.

Mit den 50 000 sind wir in der Größenordnung von London, New York und Tokio, die ein Drei-, Fünf- oder gar Zehnfaches an Einwohnern haben, von der Wirtschaftskraft ganz abgesehen. Es macht uns stolz, das so gut etabliert zu haben. Wir sind, denke ich, auch ein Teil der digitalen Marke Berlins geworden, weil die Berlin-Adressen mittlerweile eine hohe Sichtbarkeit in der Stadt haben. Das ist für uns das Erfolgskriterium, nicht, wie viele Domains es gibt, sondern wie viele im täglichen Leben verwendet werden und wie viele man auf der Straße, in der Werbung, in der Zeitung usw. sieht – das ist für uns wichtig.

Für die Senatskanzlei ist dotBERLIN seit Jahren eine stabile Einnahmequelle. Wir haben mittlerweile über zwei Millionen Euro an Abgaben an das Land Berlin geleistet. Es sind immer gut 300- bis 350 000 Euro in den letzten Jahren gewesen, und wir sehen die Geschäftsentwicklung weiterhin als stabil. Die Coronakrise – das habe ich eben gesagt – hat für ein kleines Plus gesorgt, das nicht riesengroß ist, aber davon partizipiert auch das Land Berlin über die Abgaben von den Domains. Dazu führen wir schon Gespräche mit der Senatskanzlei; – ich verweise da auf eine rote Nummer 2598 – zum neuen Stadtmarkenkonzept und der strategischen Neuausrichtung der Digitalkommunikation und wie man dotBERLIN dort sinnvoll einbringen kann: Was für Möglichkeiten bestehen da? Und wie macht man das? – Da sind wir in Gesprächen, und wir hoffen, dass das sich positiv entwickelt, weil wir für die Verwaltungsmodernisierung, die Digitalisierung und auch für E-Mail-Adressen weitergehende Chancen für DotBERLIN sehen, auch mit der Nutzung für den Standort Berlin und das digitale Aushängeschild Berlin – kann man im Prinzip sagen – im Internet.

Das ist eine kleine Einleitung zu dem Thema. Ich möchte den vielen Gesellschaftern danken, die uns unterstützt haben. Da sind Handwerksverbände dabei, Innungen und ein relativ großes Netzwerk an Verbänden vom VBKI bis zum media:net und vielen anderen, die uns unterstützt haben. Das hat sicher zum Erfolg beigetragen, den wir mit dotBERLIN haben, gerade im Vergleich mit New York und London. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Ich gucke mal zum Senat: Wollen Sie gleich oder später? – Wir machen erst mal die Fraktionen, okay! – Ich habe auf der Liste den Kollegen Goiny, dann Herrn Förster, Herrn Schweikhardt, Herrn Schulze. – Herr Goiny von der CDU-Fraktion, bitte schön!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank auch für diesen Teil! – Ich muss gestehen, dass dieses Thema, dieses Projekt eines der ersten ist, mit dem ich mich, seitdem ich im Abgeordnetenhaus bin, in meiner Eigenschaft als Medienpolitiker beschäftigt habe. Als wir damals anfangen, darüber zu diskutieren, ob wir so eine Internetadresse .berlin brauchen, gab es drei Fraktionen, die es von Anfang ziemlich gut fanden: Das waren die Grünen, die FDP und die CDU-Fraktion. Ich freue mich sehr, dass wir inzwischen, glaube ich, einen weitaus größeren Unterstützerkreis im Parlament für dieses Projekt haben. Es war ein teilweise holpriger Weg, insbesondere was das Thema Senatskanzlei betraf, die man teilweise wirklich zum Jagen tragen musste. – Insofern freue ich mich, Herr Staatssekretär, dass das Thema unter Ihrer Federführung Fahrt aufgenommen hat. Sie glauben es ja immer nicht, wenn ich Sie lobe, aber ich meine das wirklich so. – [Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Doch!] – Ich finde das wirklich gut. Ich habe gar nicht so viele Fragen, aber ich will Richtung Senatskanzlei sagen – vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen: Die Idee, die hinter diesem Projekt steht, quasi ein Netzwerk der Wirtschaft und der Digitalwirtschaft in dieser Stadt zu haben, das dafür gesorgt hat, dass wir mit einer digitalen Marke .berlin erstens nicht nur Berlin in der digitalen Welt sehr voranbringen können, sondern dass das – der Kollege Schulze hat, glaube ich, eingangs darauf hingewiesen – ein Exportschlager ist, also wenn andere Städte und Länder das gemacht haben – – Vielleicht kann Herr Krischenowksi noch mal darauf hinweisen. Ich glaube, dass es überhaupt diese Städteendungen als Top-Level-Domains gibt, ist ganz maßgeblich ein Erfolg Ihrer Initiative weltweit, und ich glaube, das ist wirklich etwas, das die Marke Berlin international in der digitalen Welt stark gemacht hat und weswegen wir uns immer dafür eingesetzt haben.

Ich muss nach wie vor sagen: Der Wermutstropfen oder die Kritik, die ich immer noch an der Senatskanzlei habe, ist, dass ich glaube, dass das Projekt als Marke für diese Stadt wichtig und keine Einnahmequelle für das Land Berlin ist. Ich halte nach wie vor die Vertragskonstruktion, dass Sie inzwischen Millionenbeträge an das Land Berlin gezahlt haben, statt in die Entwicklung der Marke oder des digitalen Outputs stecken zu können, für einen Konstruktionsfehler. Das werden wir hier nicht ändern können, ist aber so. Wenn man mal anguckt, wie viele Unternehmen dieser Stadt da Geld reingesteckt haben und bisher wahrscheinlich bisher gar nichts davon gesehen haben, dann ist das, finde ich, kein Beitrag, der richtig herum ist. Eigentlich müssten wir unter dem Aspekt von digitaler Wirtschaftsförderung solche Initiativen unterstützen und nicht das Geld aus solchen Projekten herausziehen. – Das, finde ich, ist von Anfang an ein Konstruktionsfehler an dieser Stelle.

Der Appell in Richtung Senatskanzlei: Ich fände es eigentlich gut, wenn wir das noch sichtbarer machen würden. Wir haben – wenn ich das richtig gesehen habe – uns vor einiger Zeit im Hauptausschuss mit der Frage beschäftigt, welche Namen noch reserviert sind, und wenn man sich manche Internetadressen der Berliner Verwaltung anguckt, dann lädt das zum Vertippen geradezu ein; ich will nicht nur an die Bezirke denken. Es wäre so einfach, einfach eine Internetadresse polizei.berlin zu haben oder zoo.berlin oder senatskanzlei.berlin. – Das könnte man leichter abrufen. Die Polizei wirbt mit ihrer E-Mail oder Internetseite auf ihren Fahrzeugen. Das wäre alles viel einfacher, oder mit kultur.berlin die Kulturlandschaft dieser Stadt

anders zu repräsentieren oder mit wirtschaft.berlin – an solchen Konzepten weiter zu arbeiten, wie man mit solchen Begriffen die Angebote der Stadt im Internet sichtbarer macht und gleichzeitig für Berlin als digitaler Marke weiter wirbt. Ich habe es so verstanden, dass es jetzt Gespräche zwischen dotBERLIN und Senatskanzlei gibt. Wir wollen uns da gar nicht einmischen; das müssen Sie miteinander machen. Aber ich wollte nur mal das politische Interesse bei dem Thema deutlich machen, dass wir an der Entwicklung einer digitalen Marke – und dazu leistet das, glaube ich, einen großen Beitrag – ein großes Interesse haben. – Wenn Sie sich – wie ich Ihrer Reaktion eben entnommen habe – genauso darauf freuen wie wir, dann sind wir auf dem richtigen Weg. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Kollege Goiny! – Jetzt ist Kollege Förster für die FDP-Fraktion dran – bitte schön!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich an das, was der Kollege Goiny sagt, nahtlos anschließen: Auch wenn damals einige Fraktionen vielleicht weit-sichtiger waren – wenn heute alle das gemeinsame Ziel teilen, ist das eine vernünftige Sache und viel wert. – Ich will das vor dem Hintergrund sagen, dass wir hier zum einen Einnahmen für das Land Berlin, die aber transparent sind. – Herr Krischenowski, das finde ich gut: Sie haben gesagt, wie viel Sie im Jahr, wie viel Sie insgesamt abführen. Wir haben es bei berlin.de mit dem entgegengesetzten Beispiel zu tun, mit jemandem, der große Geheimniskrämerei hat, der sich bis heute weigert, uns als quasi Treuhänder des Landes Berlin – wir mussten auf den Haushalt gucken – die Zahlen offenzulegen, was eigentlich ein Skandal ist – wir haben es schon mehrfach gesagt –, dass die Senatskanzlei daran gehindert wird, die Zahlen herauszugeben, weil der private Vertragspartner das nicht möchte, und diese Dinge. – Das ist ein Beispiel bei berlin.de, wie wir es nicht mehr haben wollen. – Deswegen ist die dot.BERLIN-Geschichte und die Transparenz und Offenheit, die Sie bei diesem Thema haben, denke ich, wichtig, um so eine Art Public-Private-Partnership fortsetzen zu können. Das ist, glaube ich – auch Kollege Goiny hat es gesagt – etwas, was wir insgesamt wünschen und brauchen

Vielleicht noch eine Frage: Gibt es weitere Domains von Städten in vielleicht nicht vergleichbaren Größenordnungen, aber in einer Größenordnung, wo sich Vergleiche anbieten, die Sie auch betreiben? Und was können Sie daraus für Schlussfolgerungen ableiten, gerade was die Nutzung, z. B. die Städte selber betrifft? – Polizei, Kultur; Kollege Goiny hat es angesprochen: Wird das da stärker angenommen?

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank, Herr Förster! – Jetzt ist der Kollege Schweikhardt für Bündnis 90/Die Grünen dran – bitte schön!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Mir ist kürzlich noch etwas anderes aufgefallen: Da scheint mir so eine Art Link in die analoge Welt mit „Kiezhelden“ entstanden zu sein. – Jetzt sitzen Sie dankenswerterweise mit der Akazienstraße in meinem Wahlkreis, aber es interessiert mich auch sonst: Wie kam es dazu, dass es quasi – Sie sagen ja, das boomt gerade, das Onlinegeschäft wächst und gedeiht – so eine Schleife Richtung analoger Aktivitäten gibt? Hat das etwas miteinander zu tun, oder sind das zwei komplett verschiedene Geschäftszweige?

Vorsitzender Andreas Otto: Das war eine kurze Frage. – Der Kollege Schulze ist jetzt dran für die Linksfraktion.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Zunächst: Ich habe mich gerade gewundert, dass die CDU-Fraktion ihre Seite nicht über .berlin betreibt. – Das ist schade; vielleicht können Sie das ändern? – Unsere Fraktion macht das, und ich persönlich und Kolleginnen und Kollegen machen das auch; die FDP-Fraktion macht es auch. Es wäre ein Fortschritt, wenn wir das gemeinsam nutzen könnten.

Ich wollte noch kurz etwas zu der Konstruktion sagen: In der Tat gab es immer wieder Debatten über die Frage, wie viel die dot.BERLIN an das Land Berlin abführt. Das kann man nachlesen; es gibt diverse Hauptausschussprotokolle dazu. Die erste Euphorie, wie viel man damit einnehmen kann, hat sich, glaube ich, etwas gelegt. – Sie haben eben darauf hingewiesen, dass es gar nicht das Ziel ist, möglichst viele zu verkaufen, sondern dass eine Qualitätssicherung dahinter steht und dieser Wert heute in den Zeiten, wo durchaus viel Schindluder im Internet zu finden ist, eher wichtiger geworden ist. – Das vermute ich jetzt mal; Sie haben ja auch gesagt, wie sich das geändert hat. – Deswegen glaube ich schon, dass das Land Berlin, wenn mit dem Namen des Landes Berlin Geld verdient wird, auch etwas davon haben sollte. Über die Frage, wie eine gute Balance aussieht, muss man vermutlich immer wieder neu reden, schätze ich mal, weil sich die Bedingungen verändern und möglicherweise auch die Vermarktungsbedingungen und das, was mit Werbung im Umfeld erzielt werden kann, sich verändert. Insofern glaube ich: Wir haben da politische Ziele oder Ziele als Stadt, die wir mit den dot.BERLIN-Domains verfolgen, und das Geld sollte nicht unbedingt im Vordergrund stehen. Natürlich müssen Sie irgendwie davon leben können, Sie haben da ja eine unternehmerische Leistung, die Sie hineinstecken.

Trotzdem ist es so, dass wir als Land Berlin diese Domain nicht komplett aus der Hand geben können, weil die Stadt da mit drinsteht, und Sie haben es ja auch im Großen und Ganzen als gute Zusammenarbeit beschrieben, die es in den letzten Jahren gab. Ohne die Unterstützung des Senats wäre, glaube ich, diese Initiative bei der ICANN an dieser Stelle nicht möglich gewesen. Da war schon klar, dass auch die Politik dahinterstehen muss.

Mich würden die Ergebnisse der Gespräche interessieren, die Sie jetzt mit der Senatskanzlei haben – falls Sie darüber etwas sagen könnten? – Vielleicht kann auch Herr Gaebler, der Staatssekretär, etwas dazu sagen, wie das mit der Einbindung in mögliche Kampagnen des Landes Berlin weitergehen soll. – Mich würde auch interessieren, wie Sie die wirtschaftliche Zukunft der dot.BERLIN-Domains sehen: ob Sie davon ausgehen, dass das jetzt so weiterläuft, oder ob es jetzt im Zuge des schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfelds Einbrüche gibt oder ob Sie neue Vermarktungsstrategien erschließen. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Als Nächster ist Herr Gläser für die AfD-Fraktion dran – bitte schön!

Ronald Gläser (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Krischenowski, für Ihre Ausführungen! Ich hätte gern gewusst: Könnten Sie kurz umreißen, wie diese Übereinkunft mit dem Land Berlin aussieht, wie sich die 2 Millionen zusammensetzen? Müssen Sie einen jährlichen Pauschalbetrag abgeben, oder geht es nach Umsatz oder der Anzahl der Domains, die vergeben worden sind? – Das würde mich interessieren.

Vorsitzender Andreas Otto: Das war kurz. – Jetzt haben wir noch den Kollegen Zimmermann für SPD-Fraktion als Letzten auf der Liste.

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte nur kurz den einen Aspekt, den Herr Goiny angesprochen hat, aufgreifen, der gesagt hat, wir müssen hier eher fördern statt Geld rausziehen: Ich würde schon meinen, dass wir als Parlament eine legitime Einnahmequelle nicht kritisieren sollten, weil – das hat Kollege Schulze ausgeführt – der Name der Stadt eine Rolle spielt und der Senat damit verantwortlich umgehen muss. Deswegen ist es nicht ganz verkehrt, dass auch auf der Einnahmeseite Geld fließt; da kann ich mich dem Kollegen Schulze nur anschließen. Ansonsten glaube ich, dass der Senat da verantwortlich verhandeln wird.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir besprechen hier gerade, ob es zu kalt ist. Kurzer Zwischenstand: Wir haben CO₂ 531 ppm, da ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass es hier irgendwelche Viren gibt. – [Christian Goiny (CDU): Nur eine normale Erkältung!] – Ich weiß nicht, wir können hier auch Fenster schließen, aber der Präsident steht quasi hier hinter jedem Fenster, und Sie wissen, wie das ist. – [Stefan Förster (FDP): Wir könnten einen Heizpilz aufstellen!] – Wir haben jetzt die Fragen der Damen und Herren Abgeordneten gehabt. Jetzt machen wir, würde ich sagen, Fragen an den Senat, die ja auch dabei waren, und dass jetzt Herr Staatssekretär Gaebler die Fragen an den Senat beantwortet, und dann sind wir wieder bei Ihnen für die Abschlussrunde, Herr Krischenowski. Da haben wir doch einen klaren Fahrplan. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS): Ich bitte um Nachsicht, wenn ich hier in der Jacke sitze. Das ist nicht, weil ich mich bei Ihnen warm anziehen muss, sondern weil es hinten tatsächlich relativ kalt lang zieht. – Erst mal vielen Dank für die Darstellung, auch für die Hinweise und das intensive Nachhaken, weil das Anlass gibt, nachzudenken, was es noch an Möglichkeiten gibt! – Grundsätzlich ist schon gesagt worden, dass es eine gute Idee war, die von Herr Krischenowski entwickelt worden ist, dass man Stadtnamen als Top-Level-Domain nutzen kann. Nachdem diese Zweibuchstabenregelung irgendwann aufgegeben worden ist, lag das auf der Hand, und deshalb haben wir als Land Berlin das mit der Kooperationsvereinbarung gern unterstützt und gegenüber dem ICANN zugestimmt.

Was, glaube ich, das Problem ist, ist, dass die Idee und auch dass sie ideell auch gut ist, man aber immer sehen muss, wie weit es wirtschaftlich tragfähig ist. Es handelt sich hier ein bisschen um eine Public-Private-Partnership, die durchaus gelegentlich kritisch gesehen wird. Bei dieser hier kann man sagen, dass sie jedenfalls nicht zu Lasten des Landes Berlin geht. Inwieweit es für den privaten Partner wirtschaftlich ist oder nicht, das muss im Zweifel Herr Krischenowski beantworten. Ich will nur darauf hinweisen, dass es nicht sein kann, dass wir das Ganze so weit verschieben, dass es am Ende für das Land Berlin nicht mehr wirtschaftlich ist. – Das ist so ein bisschen die Gratwanderung, die wir, glaube ich, in dieser Beziehung haben, ohne jetzt irgendjemanden übervorteilen zu wollen. – [Christian Goiny (CDU): Werden Sie von dieser Stelle finanziert?] – Ich werde als Beamter aus dem Landeshaushalt finanziert, insofern bin ich nicht darauf angewiesen. Trotzdem müssen wir immer Bilanz ziehen. Es ist ja auch immer der Wunsch der Abgeordneten, dass wir konkret sehen: Was bringt ÖPP oder PPP? – Wir haben aber schon darauf reagiert: Die 2 Millionen sind nicht der jährliche Betrag, sondern der Betrag, der über die Vertragslaufzeit zusammengekommen ist. Es hat am Anfang größere Erwartungen gegeben. Deshalb war im ersten Betriebsjahr eine Mindestausschüttung

von 500 000 Euro vereinbart, die bis zum dritten Betriebsjahre und folgende auf 750 000 Euro steigen sollte. Die ist aber angepasst worden, weil diese Werte nicht erreicht werden konnten. Deshalb haben wir jetzt eine prozentuale Abgabe in Höhe von 22 Prozent auf die Höhe der tatsächlich vermarkteten Domains. – Ich finde 22 Prozent keine absolut unverhältnismäßige Beteiligung, aber natürlich ist immer die Frage: Was bleibt insgesamt für den Betrieb der Gesellschaft übrig – das ist das berechnete Interesse von Herrn Krischenowski –, und wie viel kann man überhaupt an Vermarktungserlösen an der Stelle entwickeln? – Insofern bitte ich nur, ein bisschen im Verhältnis zu sehen, dass das an der Stelle kommunizierende Röhren sind.

Wir hatten mit der berlin.de-Adresse und den damit verbundenen Regelungen erst mal keine Spielräume, alles auf .berlin-Domains umzustellen. Einzelne Fraktionen haben es gemacht; wenn ich es richtig weiß, ist es nicht nur die Linksfraktion, Herr Schulze, sondern die CDU-Fraktion ist, glaube ich, auf beiden Domains unterwegs. – Wir werden im Rahmen des Markenrelaunchs jetzt sehen, wo das Wort „Berlin“ stärker im Mittelpunkt steht, wie weit wir dot.BERLIN-Sachen einbinden können. Ich glaube, dass es nicht so schlau wäre, jetzt alle Mailadressen des Landes umzustellen. Was wir sicherlich überlegen müssen, wie man grundsätzlich damit umgeht – es gibt bisher schon Einzelne wie kulturpunkt-berlin.de und stadtentwicklung-berlin.de; was ja ähnlich ist, auch wenn noch ein .de dahintersteht, was aber eigentlich nach den bisherigen Regelungen im Rahmen des gemeinsamen Auftritts gar nicht erlaubt wäre –, dass man da mal nachsteuert, weil sich das, glaube ich, etwas überholt hat. Ich denke aber, diese dot.BERLIN-Sachen kann vor allen Dingen sehr gut für Kampagnen verwenden, weil es da gut reinpasst. Ich sage mal als ein Beispiel: Wenn wir die „Wir-gegen-Corona“-Kampagne haben, ist „Wir-gegen-Corona.berlin“ eine griffige Sache, und ich glaube, darum werden wir uns intensiv Gedanken machen, natürlich auch über andere Dinge. Wir sind nur im Moment erst mal damit beschäftigt, diese BerlinOnline-Frage zu klären, und können dann freier überlegen, wie wir das miteinander verbinden können, was da für Synergieeffekte sind und wie man bei Wahrung der Interessen des Landes Berlin die Interessen von dot.BERLIN GmbH einbringen kann.

Insofern sind wir da, glaube ich, in ganz guten Gesprächen. Ich kann Ihnen aber jetzt noch keine ganz konkreten Ergebnisse sagen. Wenn wir mit berlin.de hoffentlich Anfang des Jahres so weit sind, dass wir genauer wissen, was da läuft und wie wir Einfluss nehmen können, und einige Dinge genauer aus den internen Abläufen wissen, können wir dann eine stimmige Strategie entwickeln. – So viel vielleicht von mir an der Stelle.

Vorsitzender Andreas Otto: Strategie ist immer gut. – Jetzt wollte ich zu Herrn Krischenowski übergehen, und jetzt meldet sich Herr Schulze dazwischen – für eine ganz kurze Frage oder Bemerkung, ja?

Tobias Schulze (LINKE): Nein, ich wollte mich bei Herrn Goiny entschuldigen, dass ich gesagt habe, die CDU-Fraktion ist nicht dabei. Bei Google findet man nämlich nur die .berlin.de-Adresse. Aber in der Tat: Wenn man .berlin eingibt als direkte Domain oder als direkte URL, dann kann man es finden. Also insofern: Entschuldigung für den Vorwurf! Dann sind wir in guter Runde hier.

Vorsitzender Andreas Otto: Also auch die CDU lebt im Netz weiter. – Jetzt sind wir einmal herum und bei Ihnen angekommen, Herr Krischenowski! Sie können jetzt die aufgeworfenen Fragen herzlich gern alle beantworten; Sie haben das Wort.

Dirk Krischenowski (Geschäftsführer dotBERLIN GmbH & Co. KG): Danke schön! – Dann komme ich gleich darauf zurück: Ich habe hier eine Kiezhelden-Atemmaske. kiezhelden.berlin ist eine Initiative, die wir gegründet haben, weil wir möchten, dass die kleinteilige Berliner Wirtschaft, gerade der Einzelhandel in den Kiezen weiter bestehen bleibt und nicht von Amazon plattgemacht wird, sage ich mal so in der Richtung. Wir haben eine Plattform unter kiezhelden.berlin, die über 1 900 kleine inhabergeführte Geschäfte, die in Berlin auch produzieren, listet und für alle Berliner zugänglich macht, die dann einfach mal sehen: Was habe ich denn für Kiezperlen, für kleine Geschäftsperlen, wo ich vielleicht mal nicht bei Amazon bestelle, sondern um die Ecke zum Elektronikladen gehe, um da meinen USB-Stick oder vielleicht auch die Waschmaschine kaufe und nicht das Ganze über wen auch immer im Internet abwickle? – Wir wollen damit die Frequenz in den kleinen Läden in den Kiezen erhöhen. Deswegen haben wir diese Initiative gegründet, die von Anfang an auf große Resonanz nicht nur bei den Geschäften gestoßen ist, sondern auch bei denen, die diese Plattform nutzen.

Wir waren gerade mit den Kiezhelden im „Tagesspiegel“ und in der „Morgenpost“, weil wir uns überlegt haben, dass wir für Unternehmen ein Angebot machen, wo wir aus diesen ganzen vielen Geschäften Lebensmittel in ein Paket, in eine „Kiezbox“ zusammenpacken, mit der sich Unternehmen bei ihren Mitarbeitern für die Coronazeit bedanken können, die teilweise im Home-Office sitzen und dann einfach eine positive Botschaft mit lauter Berliner Produkten bekommen. – Das hat eingeschlagen wie eine Bombe: Unser Büro sieht im Moment quasi aus wie bei Amazon, mit Paketen und allem Drum und Dran. – Das ist die Initiative, die wir entwickelt haben; Sie fragten ja, warum und wieso. Das sorgt natürlich auch für eine weitere Bekanntheit von .berlin insgesamt, weil das jetzt tausendfach mit einer Berlinadresse draußen ist. Und diese Sichtbarkeit der Berlinadressen ist ganz wichtig, damit andere sehen: Ach, es gibt eine .berlin-Domain? Na ja, gut, dann kann ich ja für meine nächste Website eine .berlin-Domain nehmen oder meine Website umstellen! – Das ist der Hintergrund dazu.

Dann haben wir die Frage gehabt, welche anderen Städte oder Regionen auch so etwas haben oder vielleicht sogar schon umgestellt haben: In Deutschland ist es das Land NRW, das von nrw.de auf land.nrw umgestellt hat und sehr viele Internetadressen nutzt wie wirtschaft.nrw oder kultur.nrw oder digitalagentur – fragen Sie mich nicht, es gibt Hunderte von Adressen des Landes. Die benutzen das sehr intensiv, haben aber noch nicht ganz umgestellt, weil sie E-Mail noch nicht umgestellt haben, aber nutzen das im Prinzip für jedes neue Projekt, das in NRW entsteht. – Bei Städten sind die Katalanen hervorzuheben und Barcelona, die beide eine eigene Internetendung haben, die sie seit Jahren sehr erfolgreich betreiben und wo die Regierung alles komplett auf .kat für die Katalanen umgestellt hat und das Gleiche für Barcelona. – Und wir haben ein schönes Beispiel in Stockholm, wo die Stadt im letzten Jahr von stockholm.se – der schwedischen Endung – auf start.stockholm alles umgestellt hat; auch ein interessantes Beispiel. – Es gibt auch eine Reihe von anderen Bundesländern, ob nun Saarland oder Bayern oder Köln, die ihre Adressen aktiv nutzen. Die Kölner z. B. nutzen für ihr Stadtportal eben das, was wir hatten – kultur.köln, wirtschaft.köln, alles Mögliche, auch corona.köln – sehr intensiv. – Das, um mal einen kurzen Abriss zu geben; das haben wir auch in den Gesprächen mit der Senatskanzlei ein bisschen ausgearbeitet.

Dann gab es die Frage nach den wirtschaftlichen Aussichten: Natürlich haben wir im Blick, dass vermutlich im nächsten Jahr sehr viele Insolvenzen von kleinen Unternehmen kommen können und das auch unsere wirtschaftliche Tätigkeit beeinträchtigen könnte. Auf der anderen Seite haben wir die Digitalisierung, die zu einem Schub von neuen Internetadressen und neuen Webseiten führt, und wir hoffen, dass sich das ungefähr ausgleicht. Neues wird geschaffen, und Altes verschwindet halt. – So weit zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Coronazeiten, die uns nächstes Jahr noch begleiten werden.

22 Prozent Umsatz: Das haben Sie, Herr Gaebler, erwähnt. Dazu brauche ich dann nichts mehr zu sagen. – Ich glaube, ich bin damit durch – es sei denn, es sind noch Fragen, die unbeantwortet blieben.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich stelle das mal fest, ob irgendwas offengeblieben ist, sehe aber keine fragenden Gesichter, sondern eher zufriedene. Insofern haben Sie sicherlich alle Fragen beantwortet. – Noch eine Bemerkung?

Dirk Krischenowski (Geschäftsführer dotBERLIN GmbH & Co. KG): Ja, ich hätte doch noch eine Bemerkung: Es kam auf, was wir denn mit der Senatskanzlei machen. – Ich kann ein bisschen etwas über Themen erzählen, über die wir gesprochen haben – ohne in Details zu gehen –, was denn eigentlich Ziele einer Zusammenarbeit mit .berlin sein können: Aus unserer Sicht – und ich glaube, da hat uns die Senatskanzlei bestätigt – sind Themen wie die Informationsführerschaft, die mit der .berlin-Domain für Berlins Themen und Services gegeben sein müssen, ganz wichtig, das Vertrauen in die digitalen Angebote. Wenn dann corona.berlin steht und nicht mehr mit berlin.de hintendran, dann muss das Vertrauen der Internetnutzer da sein, diese Adresse nutzen zu wollen und zu erkennen, dass dies eine Adresse vom Land Berlin ist.

Dann weiterhin – das zeigen alle Berichte zur Verwaltungsmodernisierung und E-Government: Das schnelle Auffinden von Informationen, die das Land Berlin bereithält, ist über die Maßen wichtig, v. a. natürlich Google bei uns. Da bieten diese neuen, kurzen Domains wie meinerwegen kultur.berlin einen hervorragenden Ansatzpunkt, weil die nicht nur gut für Social Media sind – da kann man ja immer nur teilweise bei Twitter 140 Zeichen benutzen, und da ist jedes Zeichen, das nicht sein muss, eins zu viel –, sondern auch für mobile Endgeräte, die mittlerweile nicht mehr den ganzen Domainnamen anzeigen, sondern nur eine verkürzte Version, weil einfach kein Platz mehr ist. Je kürzer eine Domain dann ist, desto besser ist es für die mobilen Endgeräte für die Offline-Kommunikation und das Ranking in den Suchmaschinen.

Was wir auch erreichen wollen, ist letztlich eine Stärkung der Marke Berlin. Die darf durch .berlin nicht geschwächt werden, sondern soll stärker und besser wahrgenommen werden in eine Richtung, die sich das Land Berlin mit der Marke Berlin vorstellt. – Vielleicht noch ein Punkt, der so ein bisschen aus der Bundespolitik herüberschwappt, das Thema der digitalen Eigenständigkeit, der digitalen Souveränität – da ist ein Aspekt: Wir haben jetzt berlin.de als die zentrale Adresse des Landes. Das ist, sage ich mal, ein Single Point of Failure, wie das immer so schön heißt, ein Knackpunkt quasi: Wenn bei einer Adresse irgendwas ist, dann ist gleich alles nicht mehr erreichbar, und wenn man Services wie polizei.berlin und andere ausgliedert auf einzelne Domains, ist die Verletzbarkeit und die Resilienz von den Angeboten Berlins einfach viel größer, wenn man das auf mehrere Domains verteilen kann. – Das sehen

wir auch z. B. als durchaus wichtigen technischen Punkt, der aber vielleicht in einem anderen Kreis diskutiert werden mag. – Das waren kleine Zusatzergänzungen.

Vorsitzender Andreas Otto: Super! Wir bemerken, dass Sie engagiert sind für Ihre Domain, aber auch für Berlin, und insofern wünschen wir Ihnen weiter tatkräftiges Schaffen! Herzlichen Dank! Sie hätten die Gelegenheit, noch weiter dieser Sitzung beizuwohnen, wenn Sie das möchten. Sie können sich gern aber auch an Ihr sonstiges Tagwerk begeben.

Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 3, und mit Blick auf die Uhr würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir jetzt eine Lüftungspause machen. – Insofern unterbrechen wir jetzt die Sitzung.

[Lüftungspause von 11.23 Uhr bis 11.39 Uhr]

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Neue Programme, steigende Hörerzahlen – Die
Entwicklung des Digitalradios DAB+**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der
CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion der FDP)

[0157](#)
EuroBundMed

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.11.2020

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/3036
**30 Jahre nach der Deutschen Einheit: aus der
Geschichte lernen und die Opfer der DDR-Diktatur
ernst nehmen! Berlin muss den Slogan „Vom Ich
zum Wir“ aus seiner neuen Marketingkampagne
streichen**

[0164](#)
EuroBundMed

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.